MEIN BREMEN NACHRICHTEN AG

08. Juli 2025

Unterhaltsvorschuss in Bremen: 69 Millionen Euro stehen auf dem Spiel!

Bremen kämpft mit rund 69 Mio. Euro Rückforderungen von Unterhaltsschuldnern. Über 13.000 Kinder erhalten Vorschusszahlungen.

Bremen, Deutschland - In Bremen und Bremerhaven stehen viele Alleinerziehende vor einer massiven Herausforderung: Sie müssen Unterhalt von getrennten Elternteilen einfordern, jedoch ist der Großteil der Unterhaltszahlungen ungewiss. Aktuell lasten fast 69 Millionen Euro an ausstehenden Zahlungen auf den Schultern der Eltern und der belastete Staat. Rund 13.000 Kinder aus beiden Städten erhalten bereits Unterhaltsvorschuss, weil der andere Elternteil ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Diese Situation hat sich seit der Anpassung des Unterhaltsvorschusses im Jahr 2017, der nun bis zum 18. Geburtstag der Kinder gewährt wird, verschärft, da die Anzahl der empfangenden Kinder von 370.000 auf 780.000 gestiegen ist. Laut **butenunbinnen.de** erhalten 91 Prozent dieser Kinder

ihren Unterhalt von Müttern, während in den meisten Fällen Väter als zahlungspflichtige Elternteile fungieren.

Aber was passiert mit dem Geld, das der Staat den Alleinerziehenden gewährt? Der Unterhaltsvorschuss wird gezahlt, um sicherzustellen, dass die Kinder oberhalb des Sozialhilfe-Niveaus leben können, da viele unterhaltspflichtige Eltern finanziell nicht in der Lage sind oder sich weigern zu zahlen. Die Rückzahlung der Leistungen erfolgt jedoch nur in gut zehn Prozent der Fälle in Bremen und Bremerhaven. Zum Vergleich: In Bayern liegt die Rückzahlungsquote bei etwa 27 bis 28 Prozent, was deutlich besser aussieht

.

Die Herausforderungen der Behörden

Trotz der hohen Schuldenlast bei den unterhaltspflichtigen Elternteilen ziehen die Behörden in Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern selten vor Gericht. In den letzten zwei Jahren kam es lediglich zu knapp 600 Klagen. Das hat mehrere Gründe – oft fehlt es an Personal bei den Jugendämtern, um die finanziellen Verhältnisse der säumigen Eltern zu prüfen und nötige Titel vor Gericht zu erlangen. Zudem bleibt die Rückholquote des Unterhaltsvorschusses bundesweit niedrig. Wie **tagesschau.de** berichtet, treibt der Staat in nur 13 Prozent der Fälle das Geld ein.

Die Rückzahlung gelingt nur in wenigen Fällen, sogar mehr als 70 Prozent der Alleinerziehenden sind auf den Vorschuss angewiesen. Immer wieder kommt die Frage auf, ob die Strafen für nicht zahlende Eltern härter ausfallen sollten, wie etwa Fahrverbote. Dies bleibt jedoch ein rechtliches Grau, das die Ministerin Giffey genau beobachtet.

Die Perspektive der Alleinerziehenden

Alleinerziehende müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen,

um den Unterhaltsvorschuss zu beantragen. Sie müssen unter anderem allein leben und dürfen keine regelmäßigen Zahlungen vom anderen Elternteil erhalten, um Unterstützung vom Staat zu erhalten. Wenn der unterhaltspflichtige Elternteil jedoch überhaupt keinen Unterhalt zahlt oder nur unzureichende Zahlungen leistet, können die finanziellen Engpässe schnell zur Belastung werden. Der Unterhaltsvorschuss wird monatlich im Voraus ausgezahlt und bewegt sich je nach Alter des Kindes zwischen 227 Euro und 394 Euro netto.

In vielen Fällen bleibt die Rückzahlung durch die unterhaltspflichtigen Eltern aus. Das führt dazu, dass die Jugendämter oft nur schwer die Ansprüche der Alleinerziehenden durchsetzen können. Es bleiben Fragen offen: Wie viele Väter und Mütter können tatsächlich nicht zahlen, und wie viele drücken sich vor ihren finanziellen Verpflichtungen? Ein gesicherter Überblick fehlt hier, doch eines steht fest: Die Situation für viele alleinerziehende Eltern wird durch die steigenden Forderungen und sinkende Rückholquoten nicht einfacher. Daher bleiben sowohl die Stadtverwaltungen als auch die Familienministerin gefordert, neue Lösungen zu finden, um das System zum Wohle der Kinder zu stabilisieren.

Der Unterhaltsvorschuss ist eine wichtige staatliche Sozialleistung, die den angemessenen Lebensstandard von Kindern sichern soll. Die Herausforderung besteht darin, die Zahlungen von den unterhaltspflichtigen Eltern tatsächlich zurückzuerhalten und die finanzielle Situation der Alleinerziehenden nachhaltig zu verbessern. Letztlich liegt hier ein großes gesellschaftliches Anliegen, das jeden von uns betrifft.

Details	
Ort	Bremen, Deutschland
Quellen	• **www.butenunbinnen.de** • **www.tagesschau.de** • **www.kinder-grund-sicherung.de**

Besuchen Sie uns auf: mein-bremen.net